

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 41 (1958)
Heft: 2

Artikel: Will der Kreml seine Politik aufgeben?
Autor: Egli, J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-410714>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Will der Kreml seine Politik aufgeben?

Wie die Presse jüngst meldete, wäre die Sowjetregierung bereit, mit dem Vatikan in diplomatische Verbindung zu treten... und der Vatikan nicht abgeneigt, wenn Rußland die «Religionsfreiheit» gewährleisten würde.

Das klingt harmlos; aber wer die Geschichte kennt, der weiß, was der Vatikan unter «Religionsfreiheit» versteht.

Kaiser Friedrich II., der Hohenstaufe (1194—1250), kannte die Gesandten Roms und bezeichnete sie als «in Schafspelze gehüllte Wölfe, gesandt, nicht um das Wort Gottes auszustreuen, sondern alle Freien zu unterjochen, alle Friedlichen zu stören und überall Geld zu erpressen».

Aehnliches erlebten die Waldstätte und die Eidgenossenschaft seit der Errichtung der ersten Nuntiatur in der Schweiz im Jahre 1579 in Luzern bis zu deren Aufhebung im Jahre 1873*.

Am 18. Februar 1874 schrieb Kaiser Wilhelm I. an Lord Russell: «Mir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, den schon frühere deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wechselndem Glück gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt verträglich sich erwiesen hat.» Diese Macht heißt Ultramontanismus! Eine mit Religion getarnte Macht, die die konfessionellen Ideen stets über die nationalen gestellt hat und die in der Schweiz seit 1920 erneut bestrebt ist, sich über den Staat zu erheben. Der Zweifler lese die nachgenannten Schriften: Paul Schmid-Ammann, *Der politische Katholizismus*. Bern 1945; Adolf Landolt-Arthur Frey, *Der politische Katholizismus in der Schweiz*. Zollikon-Zürich 1948. Arthur Frey. *Der Katholizismus im Angriff*. Zollikon-Zürich

Graf Paul von Hoensbroech, der selber während 14 Jahren Jesuit gewesen und folglich Kenner des Ultramontanismus war, schreibt: «Der Ultramontanismus ist ein weltlich-politisches System, das unter dem Deckmantel von Religion und unter Verquickung mit Religion weltlich-politische Herrschafts- und Machtbestrebungen verfolgt und dem geistlichen Haupte der römisch-katholischen Religion, dem Papste, die Stellung eines politischen Großkönigs zuspricht.»

* Vgl. Carl Hilty. *Vorlesungen über die Politik der Eidgenossenschaft*. Bern 1875.

Ist es da verwunderlich, daß die römische Kirche im Grunde jeder Volksherrschaft und anderen Autokratie spinnefeind ist? Wir beobachten deshalb mit Interesse die Entwicklung in der Annäherung Moskau—Rom. Jede der beiden Diktaturen glaubt zweifellos die schlauere zu sein, doch die jüngste Geschichte lehrt erneut, daß schon Rechnungen ohne den Wirt gemacht wurden! So anno dazumal, als der Vatikan dem Gefreiten aus Braunau in den Sattel half, damit dieser die Weimarer-Demokratie zerschlage — um dann nach getaner Arbeit in Erscheinung zu treten und die schwarze Diktatur zu errichten! So wurde beispielsweise Kaiser Friedrich II. von Hohenstaufen im Jahre 1229 vom Papst vertraglich verpflichtet, den sechsten Kreuzzug zur Eroberung des sagenhaften «Heiligen Grabes» auszuführen. Der Papst dachte auf diese Weise den Widerspenstigen, der sich nicht einmal der Exkommunikation beugte, loszuwerden. Aber Friedrich war nicht entfernt gesonnen, die Geschäfte des Papstes zu besorgen! Kaum war Friedrich abgezogen, besetzte der Papst seine Länder; und Friedrich, statt mit dem Sultan zu kriegen, betätigte mit diesem eigene Geschäfte! Heimgekehrt, fand Friedrich seine Besitztümer von den päpstlichen Truppen besetzt, die er aber kurzerhand verjagte und den Papst zwang, den Bann von ihm zu nehmen.

Im Geschäft Rom—Moskau gedenkt der Papst die Zulassung hinter den «Eisernen Vorhang» zu erlangen, um dann nach den bekannten Methoden «unterirdisch» zu wirken, ähnlich wie bei der «Rekatholisierung» der protestantischen Schweiz.

Als «Rechtspartner» sind sich die beiden Diktaturen gleich. Im Jahre 1801 schloß Napoleon I. mit Pius VII. ein Konkordat. Dazu bemerkte der ultramontane Professor Moritz von Bonald in einer Schrift

- daß es eine Unmöglichkeit sei, daß zwischen zwei nicht gleichberechtigten Individuen wie Staat und Kirche ein wahrer Vertrag zustande komme ...
- der Staat könne Konzessionen machen, wenn es ihm nützlich erscheine; die päpstliche Gewalt aber, die keinem irdischen Richter untergeordnet sei, könne diese jederzeit widerrufen!

Graf von Hoensbroech bemerkt hierzu sehr richtig: «Unsere Staatsmänner und Volksvertreter täten gut, sich bei Verhandlungen mit Rom diese Grundsätze zu vergegenwärtigen.»

J. Egli.